



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 15. Oktober 2020

von

KO GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Gemeinsame Wege in die Zukunft des öffentlichen Personen-Nahverkehrs in der Stadt und im Großraum Graz

Das Thema Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Graz und im Zentralraum Graz ist seit vielen Jahren eines, das in Wahrheit niemanden zufriedenstellt. Die einzelnen Parteien gehen in der eminent wichtigen Frage der Grazer Verkehrszukunft und der Zukunft des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) nicht aufeinander zu, sondern immer mehr auf Distanz. Es soll mitunter außerhalb des Rathauses sogar der Ausspruch gefallen sein, dass sich die Unterschiedlichkeit der Positionen ähnlich wie das Weltall mit beinahe Lichtgeschwindigkeit rasant vergrößern. Entsprechend der steigenden Entfernung der parteipolitischen Fixsterne nimmt die Möglichkeit ab, sich ergebnisoffen auszutauschen.

Die Bilanz der in Graz tatsächlich realisierten Verkehrs-Infrastrukturprojekte hält mit der Entwicklung der wachsenden Stadt und der zunehmenden Dynamik des Wirtschafts-, Bildungs- und Handelsstandortes Graz nicht mit und gerade der Blick auf die Weiterentwicklung des ÖPNV lässt nicht viel Gutes erahnen. Jede und jeder hat ein favorisiertes System, jede und jeder vermeint, Argumente gegen alle anderen Systeme zu haben. Ist also einer für die Straßenbahn, ist der andere reflexartig dagegen. Ist eine für die U-Bahn, passiert das selbe umgekehrt. Bringt jemand den fehlenden oder schwächelnden Link zum Regionalverkehr und zur S-Bahn ins Spiel, wird auch das unter Garantie negiert.

Dass alle ihre Vorlieben - vielleicht sogar Überzeugungen – haben und diese kommunizieren, ist die eine Sache. Was die Situation jedoch verschärft und zu einer öffentlichen Ermüdung und Frustration beiträgt, ist, dass die Differenzen im Gemeinderat, in den Fachausschüssen und in den Medien

ausgetragen werden und dass dieses Austragen und Hinaustragen von – geradezu als Glaubenssätze formulierten - Differenzen alles ist, was die Politik in Graz seit Jahren zustande bringt.

Eine weitere Zuspitzung des Problems ergibt sich durch Parallelitäten bei der Planungszuständigkeit. So arbeiten die Abteilung für Verkehrsplanung, die Holding Graz GmbH bzw. deren Tochtergesellschaft MUM2030+ an unterschiedlichen Ansätzen und an, einander möglicherweise konkurrierenden, Verkehrssystemen. Und dies alles offenbar ohne genügend Austausch und mit zu wenig Transparenz, auch auf der politischen Ebene. Das beginnt in der Stadtregierung, geht weiter über die Ausschüsse und endet hier im Gemeinderatssitzungssaal. Dieser Zustand gereicht niemanden zum Ruhm und ist sicher nicht dienlich, um ein zentrales Problem unserer Stadt zu lösen, nämlich eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur zu realisieren, die der wachsenden Stadt gerecht wird und die es ermöglicht, dass möglichst viele Menschen ihre Wege mittels ÖV zurücklegen.

Willi Hüsler hat in der Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der vergangenen Woche folgende drei Schritte skizziert, die für einen erfolgreichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs notwendig sind.

1. Geeignete und umsetzbare Projekte mit Blick auf die gesamtheitliche Problemstellung definieren
2. Finanzierungsmöglichkeiten sichern
3. Politischen Konsens herstellen.

Die Strategie, sich mit immer neuen Ideen gegenseitig zu konkurrieren, sollten wir als gescheitert betrachten, so lassen sich keine tragfähigen Lösungen entwickeln. Diese Planlosigkeit geht zu Lasten der Menschen in Graz und im Großraum Graz, sie geht auf Kosten ihrer Lebensqualität und ihrer Gesundheit. Nicht zuletzt ist der Verkehr in den Ballungsräumen der klimarelevanteste Faktor. Wenn wir es als Stadt Graz nicht schaffen, zukunftsfähige Verkehrslösungen zu entwickeln und umzusetzen, dann werden wir es auch nicht schaffen, die Klimakrise abzuwenden.

Daher sollten wir den Weg gehen, uns gemeinsam mit der Zukunft des Öffentlichen Verkehrs zu befassen, die Argumente der Expert*innen aber auch die der jeweils anderen Parteien zu hören und ernst zu nehmen, um endlich zu einem tragfähigen politischen Konsens, der länger als eine Gemeinderatsperiode hält, zu kommen. In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen - ALG daher folgenden

Dringlichen Antrag

1. Die Stadtsenatsmitglieder für Verkehr, für Beteiligung und Finanzen, für Stadtplanung und für die Baudirektion werden beauftragt, unter Leitung von Bürgermeister Nagl einen

Informations- und Diskussionsprozess mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zur Zukunft des Öffentlichen Verkehrs in Graz und im Großraum Graz zu starten.

2. Zu diesem Prozess werden Expert*innen aus dem Haus Graz, Vertreter*innen des Landes Steiermark sowie externe Expert*innen hinzugezogen.
3. Ziel des Prozesses ist es, alle relevanten Informationen aufzubereiten und zu bewerten, so dass im Gemeinderat auf dieser Grundlage eine langfristige Systementscheidung für den öffentlichen Nahverkehr im Großraum Graz getroffen werden kann.